

Zur Funktion der Liste
Aufbauinitiative für die »Öffentliche Petition«
an den 17. Deutschen Bundestag:

**»Volksgesetzgebung-jetzt – Nach 60 Jahren BRD: Endlich das
Grundgesetz verwirklichen«**

Mit der vorliegenden Liste bereitet die Initiative »Volksgesetzgebung-jetzt« den entscheidenden Finaltakt des Projektes »Nach 60 Jahren BRD: Endlich das Grundgesetz verwirklichen«, die an den 17. Deutschen Bundestag gerichtete »Öffentliche Petition« vor.

Wir kämpfen für dieses Ziel seit 1983 mit inzwischen mehreren Generationen und haben seither dem Bundestag bereits 8 Petitionen vorgelegt. Bei der ersten waren es nur wenige Abgeordnete, die bei der Abstimmung im Plenum das Anliegen unterstützt haben. Inzwischen wurde erreicht, dass heute 4 der im Bundestag vertretenen Fraktionen die Ermöglichung der Volksgesetzgebung unterstützen – drei davon in der von uns vorgeschlagenen Form des *dreistufigen Prozesses*. Allerdings ist das allein noch nicht das Entscheidende. Bei allen fehlt bisher die Aufnahme des vierten Kriteriums, der *Medienbedingung* [siehe Rückseite]. Auch die Forderung der Petition, über diese Kriterien vor einer weitergehenden verfassungsrechtlichen Ausgestaltung derselben *plebiszitär* zu entscheiden. Beides ist für eine künftige heilsame Wirkung diese *direktdemokratischen* Grundprinzips der Selbstbestimmung des Volkes – in der Zeit der Dominanz der Massenmedien – von ausschlaggebender Bedeutung.

Um nun dafür die optimale gesamtgesellschaftliche Voraussetzung zu bilden, streben wir an, für die »Öffentliche Petition« so viele Mitzeichnungen wie nur irgend möglich zu mobilisieren. Um dafür in den nächsten Wochen *Stimmung* zum machen und um dann mit großem Schwung in die Zielgerade der »öffentlichen Petition« einzubiegen. Dieses Finale bereiten wir mit dieser *Aufbauinitiative* vor und bitten alle, welche die Berechtigung des Petitionszieles [siehe Rückseite] erkannt haben, auch diese vorbereitende Mitzeichnung zu unterstützen und auf jede nur denkbare Weise zur Verbreitung des Projektimpulses beizutragen. Auf dieser Seite können auch in Deutschland nicht stimmberechtigte Menschen mitzeichnen; hier sollte sich die »Kulturwelt« aller Länder im Kampf um das zeitgemäß zu regelnde Menschenrecht der *dreistufigen Volksgesetzgebung* versammeln.

Für die Petitionsinitiative Volksgesetzgebung-jetzt.de

Wilfried Heidt, Gerhard Schuster

Die vier unabdingbaren Kriterien der Petition, das Grundgesetz Artikel 20 Absatz 2 zu verwirklichen

Die Forderung der Petition an die Volksvertretung ist, jetzt unverzüglich ein Gesetz zu beschließen, das nach umfassender Information und gesellschaftlicher Diskussion einen Bürgerschaftsentscheid über das nachstehende Verfassungsgesetz ermöglicht und dergestalt die im Artikel 20 des Grundgesetzes normativ veranlagte komplementär-demokratische Grundordnung verwirklicht. Der Bürgerschaftsentscheid soll feststellen, ob die Mehrheit der folgenden Regelung zustimmen will:

Die stimmberechtigten Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik Deutschland haben das Recht,

- 1. aus ihrer Mitte jederzeit *Gesetzesinitiativen* zu den Entwicklungen der gesellschaftlichen Lebensgebiete zu ergreifen und diese Initiativen – mit einer bestimmten Anzahl sie unterstützender Stimmberechtigter – in den parlamentarischen Gesetzgebungsprozess einzubringen.**
- 2. Wenn das Parlament diese Initiativen nicht beschließt, müssen diese die Möglichkeit haben, ein *Bürgerschaftsbegehren* einzuleiten.**
- 3. Erreicht dieses innerhalb der Dauer der Unterzeichnungskampagne die erforderliche Zahl zustimmender Unterschriften Stimmberechtigter, findet innerhalb einer Frist von mindestens einem halben und höchstens einem Jahr ein *Bürgerschaftsentscheid* statt. Es gilt die Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Das Beschlossene tritt in Kraft.**
- 4. *Medienbedingung*. In den Monaten zwischen dem erfolgreich abgeschlossenen Bürgerschaftsbegehren und dem Bürgerschaftsentscheid hat das Pro und das Kontra zum Abstimmungsgegenstand im öffentlichen Diskurs in allen Massenmedien das gleiche Recht zur Darstellung seiner Argumente. Ein *Ombudsrat*, gebildet aus Vertretern der Medien und Vertretern der jeweiligen Initiative sowie einer vom Bundespräsidenten berufenen *Mediatorengruppe* ist für die Gestaltung des Prozesses der Information und Diskussion verantwortlich.**
- 5. Das Nähere bestimmt ein Ausführungsgesetz.**

Dieses Blatt bitte möglichst weit in Umlauf bringen und es ausgefüllt per Post schicken an: »Volksgesetzgebung-jetzt« c/o Internationales Kulturzentrum Achberg, Panoramastr. 30, D-88147 Achberg oder per Fax: +49 (0) 8380-675